



19. Oktober 2018

AUSGABE 8/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

das hat gegessen: Die Bayernwahl war eine richtige Klatsche für uns. Ein Ergebnis im einstelligen Bereich ist indiskutabel, das braucht man gar nicht schönreden. Umso ärgerlicher, dass die Voraussetzungen für ein gutes Abschneiden eigentlich da gewesen wären, denn der CSU sind die Wähler in Scharen weggelaufen. Sie haben die Quittung für ihren extremen Rechtskurs bekommen. Profitieren konnten davon aber nicht wir, sondern die Grünen, denen ich fair zu ihrem guten Ergebnis gratuliert habe. Für sie läuft es momentan gut, sie haben sich gut gelaunt und mutig gegen die CSU aufstellen können. Unser Ergebnis ist nicht nur, aber natürlich auch durch die Streitigkeiten in Berlin geprägt. Wir sind für das Theater der CSU in Mithaftung genommen worden.

Klar ist: Nach so einem Ergebnis gehört alles auf den Prüfstand. Und das passiert auch – nach der Hessenwahl, denn bis dahin soll dort noch einmal Gas im Wahlkampf gegeben werden. Am 4. und 5. November kommt der Parteivorstand zu einer Klausurtagung zusammen. Dort wird die Lage insgesamt neu bewertet und über Inhalte, Personal sowie Kommunikation gesprochen.

Während sich in der Union allerdings immer tiefere Gräben auftun und sich in der Presse gegenseitig beschossen wird, sollten wir unsere Diskussionen besonnen sowie intern führen.

Die SPD liefert

In etwa einem halben Jahr Regierungszeit haben wir ganz schön viel auf den Weg gebracht. Allein gestern hatten wir vier sozialdemokratische Herzensanliegen im Plenum. Eine erste Zwischenbilanz kann sich somit sehen lassen:

Rentenpaket, Rentenkommission, Brückenteilzeit, Sozialer Arbeitsmarkt, Gute-Kita-Gesetz, Pflegepersonalstärkungsgesetz, 50/50-Finanzierung der Krankenversicherung (Parität), Entlastung von Familien, mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer, Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, mehr Geld für sozialen Wohnungsbau, Einwanderungsgesetz, Einer-für-alle-Klage, Grundgesetzänderungen für mehr Investitionen in Bildung, Baukindergeld, Verschärfung der Mietpreisbremse, Kohlekommission und die Neuregelung des Familiennachzugs.

Raus aus der Teilzeitfalle

Im Job kürzer treten, weil man ein Kind betreut oder einen Angehörigen pflegt – das ist für viele naheliegend und häufig auch möglich. Probleme gibt es aber leider oft, wenn ein Arbeitnehmer zurück in die Vollzeit möchte. Viele Unternehmen blockieren diesen Wunsch. Besonders Frauen sind von den Konsequenzen betroffen: Der Teilzeitlohn reicht meistens kaum für den Lebensunterhalt und schon gar nicht für eine auskömmliche Rente.

Lange haben wir daher für die Brückenteilzeit gekämpft – in dieser Woche hat das Gesetz die letzte Hürde im Bundestag genommen. Ab 1. Januar 2019 gilt es bundesweit.

Mitarbeiter in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten können dann ohne spezielle Angabe von Gründen in Teilzeitarbeit gehen und anschließend garantiert zurück in Vollzeit wechseln. Je nach Bedarf kann die Dauer der Brückenteilzeit zwischen einem und fünf Jahren betragen. Ein wichtiger Schritt hin zu einer selbstbestimmteren Arbeitszeit sowie einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

50/50-Finanzierung bei der Krankenversicherung

Bei der Finanzierung der Krankenversicherung zahlen Arbeitnehmer aktuell mehr als Arbeitgeber. Das haben wir diese Woche geändert: Ab Anfang 2019 zahlen beide wieder den gleichen Anteil. Ein Versicherter mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.000 Euro hat dadurch 15 Euro mehr pro Monat zur Verfügung. Auch Rentner werden durch das Gesetz entlastet, denn ihr Zusatzbeitrag wird künftig zur Hälfte von der Deutschen Rentenversicherung übernommen.

Den Krankenkassen geht es aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage momentan richtig gut. Der Zusatzbeitrag darf daher künftig bei Kassen mit hohen Finanzreserven nicht mehr steigen.

Unterstützung der Kommunen bei Integrationskosten

Der Bund zahlt ab 2019 mehr Gelder, damit die Kommunen z. B. Sprach- und Weiterbildungskurse für Flüchtlinge anbieten können. Das hat das Kabinett letzte Woche beschlossen. Neu ist, dass auch die Kinderbetreuung finanziert wird. Zudem bleibt es bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft. Die Mittel, die sonst Ende 2018 ausgelaufen wären, steigen nun von 2 Milliarden auf 2,5 Milliarden Euro. Von den zusätzlichen 500 Millionen werden etwa 100 Millionen Euro nach NRW fließen. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Gelder vollständig an die Kommunen auszuzahlen.

In den parlamentarischen Verhandlungen müssen wir darüber hinaus auf Regelungen drängen, die auch Dortmund angemessen an den Mitteln beteiligen. Zudem brauchen wir Planungssicherheit über 2019 hinaus.

Durch die Integration der Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, gelingt uns ein friedliches und respektvolles Zusammenleben. Am Ende profitiert die ganze Gesellschaft von der kulturellen Vielfalt. Da vor allem die Kommunen die wichtige Integrationsarbeit leisten, dürfen wir sie dabei nicht alleine lassen.

Prüfung der Wiedereinführung des Meisterbriefs

Mittwoch hat sich eine neue Arbeitsgruppe namens „Meisterbrief“ gegründet, der auch ich angehöre. Mit Kollegen von Union und SPD prüfen wir, in welchen Berufen es sinnvoll und möglich wäre, die Meisterpflicht wieder einzuführen. Die Diskussion wird breit geführt. Gewerkschaften sowie Handwerksverbände werden eingebunden. Mit einer Ausweitung wollen wir für mehr Ausbildungsplätze und für mehr Qualität, also somit einen stärkeren Verbraucherschutz sorgen. Dabei streben wir eine Übergangszeit an, um die existierenden Betriebe zu schützen.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels im Handwerk ist der Meisterbrief aber kein Allheilmittel. Das Handwerk muss auch dafür sorgen, dass es seine Beschäftigten gut bezahlt, denn viele wandern aufgrund der geringen Löhne in die Industrie ab.

Insekten stärker schützen

Immer weniger Lebensraum und ein großflächiger Einsatz von Giftstoffen sorgen für einen massiven Insektenrückgang in Deutschland. Mit dem „Aktionsprogramm Insektenschutz“ will unsere Umweltministerin Svenja Schulze diese Entwicklung stoppen.

Das Programm sieht unter anderem einen stark verringerten Einsatz von Giftstoffen und mehr Fördergelder des Bundes vor. Die Mittel sollen vor allem zur Erforschung von insektenfreundlicheren Anbaumethoden, umweltverträglicheren Pflanzenschutzmitteln und zur stärkeren Überwachung der Insektenbestände genutzt werden.

Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, weil Insekten eine wichtige Rolle im Ökosystem einnehmen: Sie sind Bestäuber, Aas- oder Dungfresser sowie Nahrungsquelle für andere Tiere.

Nun stehen zwei Wahlkreiswochen in Dortmund an. Übernächste Woche Montag stelle ich bei „Aplerbecker Köpfe lesen vor“ in der Stadtteilbibliothek drei meiner Lieblingsbücher vor.

Wie bereits angekündigt kommt am 31. Oktober dann Karl Lauterbach zum Ortsverein Hörde-Nord. Im Gesundheits- und Pflegebereich gibt es sicher genug zu diskutieren. Ich freue mich auf eine spannende Veranstaltung.

Euch wünsche ich noch eine schöne zweite Hälfte der Herbstferien.

Der SPD in Hessen drücke ich für die Wahl am nächsten Wochenende die Daumen!

Liebe Grüße

Eure 



**PATIENTEN, PERSONAL
UND POLITIK**
mit **Karl Lauterbach**,
Clemens Galuschka,
Geschäftsführer St. Josefs Hospital Hörde,
Michael Lenser und
Heike Strohmeyer-Kirsch,
Betriebsräte Klinikum Dortmund

Die SPD Hörde-Nord lädt Sie herzlich ein: Zur Diskussion über die gesundheitspolitische Lage.

31.10.2018
19.00 Uhr

St.-Josefs-Hospital
Wilhelm-Schmidt-Straße 4
44263 Dortmund



Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Bildaufnahmen zur Dokumentation der Veranstaltung in der Presse und dem Internet gemacht werden. Mit der Teilnahme an der Veranstaltung erklären Sie sich damit einverstanden.
V.i.S.d.P. Ralf Neuhaus, Am Steffenhof 7, 44269 Dortmund